Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 10

Artikel: Die Regierung von Peru über ihre Aussenpolitik
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141937

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A n t w o r t: Vielleicht gibt es Leute, die die Dinge so sehen. Aber nehmen wir den Fall von Aethiopien, wo nur 13 Prozent der Kinder zwischen 6 und 12 Jahren Unterricht bekommen. Ich habe nicht den Eindruck, daß sie Angst haben, sie könnten all die unerwünschten Eigenschaften der reichen Völker des Westens übernehmen. Es liegt ihnen viel mehr daran, die schwere Bürde des Analphabetentums los zu werden. Oder sehen Sie sich Indien an. 40 Prozent der Bevölkerung besitzen nicht das Existenzminimum. Ungezählte Millionen bekommen nicht genug zu essen für ihre körperliche Entwickulng. Sie werden sich kaum Sorgen machen über die Nachteile des Wohlfahrtsstaates oder die Gefahren des Überflusses.

Die Regierung von Peru über ihre Außenpolitik

Während seines Aufenthaltes in Genf, Ende September, sprach der Außenminister von Peru, General Mercado Jarrin, an einer Pressekonferenz im Palais des Nations über verschiedene Aspekte der peruvianischen Politik.

Er ist der Auffassung, daß die «Entwicklung» eines Landes mehr bedeutet als die Hebung des Lebensstandardes der Bevölkerung, sie soll auch der wirtschaftlichen Unterwerfung ein Ende machen und die nationale Unabhängigkeit stärken.

Wenn man, die Unterentwicklung bekämpfend, die wirtschaftliche und soziale Ordnung reformieren will, so muß diese Umstellung durch eine internationale und wirksame Zusammenarbeit ergänzt werden. Minister Mercado sprach schon früher in diesem Sinne vor einer Spezialkommission für die Koordination Lateinamerikas. (Vinadel, März/April 1969). Er vertrat dort die Auffassung, daß diese Zusammenarbeit keinerlei Einflußnahme auf die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates erlaube. Sie soll nur den Nutzen des unterstützten Staates im Auge haben und niemals als Druckmittel eingesetzt werden, um irgend einen Vorteil zu erlangen.

An der selben Konferenz stellte Minister Mercado auch als Prinzip die dauernde Souveränität der wirtschaftlichen Hilfsquellen eines Landes zur Diskussion. Die Entwicklung ist ja tatsächlich an den uneingeschränkten Gebrauch und die freie Verfügbarkeit dieser Hilfsquellen gebunden, gleich wie die gesetzlichen Formen, welche den Schutz der nationalen und internationalen Rechte garantieren.

Eine weitere Bestimmung, die Minister Mercado immer zu verteidigen weiß, ist die 200-Meilen-Grenze, besonders unter heutigen Verhältnissen, wo es um die Interessen der Großmächte am Fischfang geht.

Diese These, die von neun lateinamerikanischen Staaten und vielen anderen Ländern der ganzen Welt übernommen wurde, ist beinahe ein Vierteljahrhundert alt. Sie setzt ein sich entwickelndes internationales Recht voraus und bekämpft die alten Systeme, die die nationalen Fischereigrenzen nach den Kriterien militärischer Küstenverteidigung fixieren. Sie fordert für das Seerecht eine gerechtere und vollständigere internationale Ordnung und verlangt für die Anstößernationen das Vorzugsrecht, die Hilfsquellen des Meeres auf eine Distanz von zweihundert Seemeilen erhalten, schützen und ausbeuten zu dürfen.

Die Doktrin der zweihundert Seemeilen schränkt in keiner Weise das Recht anderer Staaten ein, die Küstengewässer Perus zu befahren, zu überfliegen oder nach den geltenden besonderen Vorschriften zu befischen. Die erwähnte Doktrin fordert einfach, daß der Küstenverkehr den Besonderheiten des Landes angepaßt wird. Nach den Statistiken gehört Peru zu den wichtigsten Fischerländern und es ist eine Tatsache, daß es diese Industrie in den letzten Jahren stark ausgebaut hat.

Wenn die 200-Seemeilen-Doktrin in Lateinamerika sich durchsetzt, so ist es, weil die rechtlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kriterien, auf die sie sich stützt, sowohl modern wie gerecht sind. Die Länder, die sie angenommen haben, werden nicht mehr davon abgehen. Peru hat seine Jurisdiktion ausdehnen müssen, um die Hilfsquellen des Meeres und des Meeresgrundes seiner Küstenzone zu erhalten, da sie für die Entwicklung des Landes wie für die Ernährung seiner Bewohnr von vitaler Bedeutung sind.

Angesichts dieser Tatsachen versteht man die Schärfe des Protestes, den die Nuklear-Explosionen der Franzosen im Süden des Stillen Ozeans ausgelöst haben. Diese Nuklear-Explosionen stellen eine schwere Bedrohung der Fischbestände der Region dar und haben zu radioaktivem Niederschlag auf peruvianischem Gebiet geführt. Peru erwartet die Unterstützung der öffentlichen Meinung der Welt für seine Forderung, daß solche unnützen und für die Weltgemeinschaft unerträglichen Nukleartests unterbunden werden.

Die Tendenz, große Wirtschaftszonen zu schaffen, entspricht den lateinamerikanischen Bedürfnissen. Peru nahm regen Anteil an den Verhandlungen, die im Mai 1959 zum «Accord de Cartagena» führten und einem Vertrag, der die harmonische und ausgleichende Integration einer Unterregion lateinamerikanischer Staaten ermöglicht. Auf Vorschlag Perus wurde Lima zum Sitz der technischen Organisation gewählt.

In Übereinstimmung mit den Prinzipien der UNO hat die gegenwärtige Regierung Perus mit den Ländern Osteuropas diplomatische Beziehungen aufgenommen, um damit um so besser dem Frieden und der

Zusammenarbeit zu dienen. Kürzlich wurden diplomatische Beziehungen mit dem Senegal, mit Sambia und der Volksrepublik China aufgenommen.

Damit hat Peru dem Wunsch Ausdruck gegeben, ein internationales politisches System zu schaffen, das den Interessen a l l e r Völker besser dient. Minister Mercado hat diesen Standpunkt auch an der Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Lusaka (Sambia) im September 1970 vertreten. Peru will, daß der Friede die Grundlage für den entscheidenden Beitrag der Weltgemeinschaft an die Entwicklung der Dritten Welt werde, im Geiste der UNO. Red.

Was man in der Schweiz über die US-Army kaum weiß

«Tote, Tote, ich will mehr Tote», hat der durch die offizielle Schweiz hochgeehrte USA-General Westmoreland in einem Saigoner Tagesbefehl gewünscht. Die in diesem militaristischen Wunsch zum Ausdruck gekommene Gesinnung schuf in den USA mit, eine massenhafte Friedensbewegung ins Leben zu rufen. Ihre Massen setzen sich nicht nur aus idealistischen Pazifisten, Studenten, Beatles und Bürgerrechtsanhängern zusammen, sondern nun auch aus Gewerkschaftern, Vietnam-Veteranen und aktiven Soldaten.

Diese neue Qualität der Demonstranten trat in den riesigen Demonstrationen in Washington und San Franzisco am 24. April 1971 an die Öffentlichkeit, wie Manfred Stinnes in «Frieden und Gerechtigkeit», Heft 8, 1971, berichtet. Etwa zweitausend Vietnam-Veteranen und aktive Soldaten nahmen am Friedensmarsch von 500 000 Menschen am 24. April in Washington teil, als ein Zeichen für eine «antimilitaristische Bewegung, die aus der Erfahrung Tausender junger Menschen mit der Praxis der USA-Militärpolitik entstand.»

Schon seit Jahren wuchs eine rebellische GI-Bewegung heran, weil viele GIs mit ihrem Einsatz in interventionistischen Kriegen, innen- und außenpolitischen Polizei- und Repressionsoperationen nicht einverstanden waren. «Seit 1967 wurden schätzungsweise 200 000 Soldaten im Mannschaftsrang wegen Ungehorsam und Meuterei zu Gefängnisstrafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt. Die seit 1967 eingezogenen Soldaten zeichneten sich zudem durch ein antimilitaristisches und politisch kritisches Bewußtsein aus. Die Anzahl der jährlich desertierten und der